

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Lehrstellenplanung für die Primarschulen

(pafl) - Die Regierung nimmt die Lehrstellenplanung für die Primarschulen zur Kenntnis. Danach soll im Schuljahr 1986/87 an den Primarschulen Eschen und Triesen - je nach der Entwicklung der Schülerzahlen - je eine zusätzliche Lehrstelle geschaffen werden. Neben dem Antrag an den Landtag, im Bedarfsfälle zwei neue Lehrstellen zu schaffen, beantragt die Regierung auch die Umwandlung der provisorisch geschaffenen Lehrstelle an der Primarschule Ruggell in eine definitive.

Kluft zwischen Erwartungen und sichtbaren Erfolgen

Weitere Erhebungen und Massnahmen zum Schutz der Bodenqualität drängen sich auf

Seit der noch nicht lange zurückliegenden Zeit, als auch in unserem Land von Luft- und Umweltverschmutzung konkret die Rede ist, zeigt sich ein Dilemma, aus dem nur sehr schwer herauszukommen sein dürfte: Es zeigt sich eine erhebliche Kluft zwischen den grossen Erwartungen, die von den geplanten oder ergriffenen Massnahmen ausgehen, und den sichtbaren Erfolgen, die sich zumeist nicht so rasch einstellen. Ein Beispiel dafür ist der Schutz des Bodens und die Erhaltung der Bodenqualität.

tion zu verhindern, müssten die in den Möglichkeiten unseres Landes stehenden Massnahmen getroffen werden. Zu diesen Massnahmen zählen nach Auffassung der Regierung die Weiterführung der Bodenuntersuchungen, der Anbau von Gemüsen in Gebieten, die geringe Belastungen aufweisen, die periodische Kontrolle des anfallenden Klärschlammes auf den Gehalt von Schwermetallen. Ausserdem befürwortete die Regierung die Einführung von bleifreiem Benzin, um die Belastung des Bodens durch den Bleigehalt zu reduzieren.

von einer Vergiftung gesprochen werden» könne. Wird jedoch differenziert, so muss zur Kenntnis genommen werden, dass sämtliche Bodenproben «leicht erhöhte Bleigehalte» aufweisen, die nach Ansicht der Regierung «jedoch in den meisten Fällen noch im Normalbereich liegen». Erstaunlich erscheint dennoch, dass gerade die Bodenproben von Guschg und Gafadura die höchsten Bleigehalte aufweisen. Und auch in bezug auf den Gehalt an Cadmium waren die Proben von Guschg und Gafadura leicht erhöht.

Österreich: Reisezeit bringt Flüchtlingsflut

Wien (AP) Die Reisezeit hat Österreich auch in diesem Jahr wiederum eine Flüchtlingsflut gebracht. Nach Angaben des Innenministeriums treffen täglich rund 40 Flüchtlinge aus Osteuropa in Österreich ein. Die meisten von ihnen kamen als Touristen mit dem eigenen Wagen oder setzten sich von Reisegruppen ab.

Innenminister Karl Blecha hatte für den Juli 1.133 Flüchtlinge gegenüber noch 731 im Juni gemeldet. Im August seien es durchschnittlich 40 Flüchtlinge pro Tag gewesen. Den grössten Anteil bilden dabei in diesem Sommer Tschechoslowaken und Ungarn. Im Juli waren es 594 CSSR-Bürger und 260 Ungarn, die um Asyl ansuchten. Ihre Zahl stieg damit gegenüber Juni um rund ein Drittel. Ausserdem kamen vermehrt Rumänen. Das Innenministerium betreute im August insgesamt 4365 Flüchtlinge. Von ihnen waren 2128 in Lagern und 2237 privat untergebracht.

Österreich steht als klassisches Erstzufluchtsland an fünfter Stelle in der Welt, hinter Schweden, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und der Schweiz. Für viele Flüchtlinge ist es nur Durchgangsstation. Im Juli wanderten 192 Flüchtlinge aus, davon 97 in die USA und 83 nach Kanada. Kanada und die Vereinigten Staaten lagen auch im August an der Spitze der Ziele der Ostflüchtlinge.

Im letzten Herbst hatten Abgeordnete der FBP-Fraktion im Landtag eine Interpellation über «Massnahmen zum Schutz der Bodenqualität» eingereicht. Dazu hat die Regierung, in Beantwortung der in der Interpellation aufgeworfenen Fragen, einen Bericht erstellt, in dem mögliche Massnahmen erwogen werden. Doch was ist in der Zwischenzeit geschehen?

Belastung, aber keine Vergiftung

Die Regierung war zur Zeit der Interpellationsbeantwortung der Ansicht, dass der weiteren Entwicklung nicht tatenlos zugesehen werden dürfe. Um eine weitere Verschlechterung der heutigen Situa-

Die Verbilligung von bleifreiem Benzin und der daraus resultierende vermehrte Verbrauch von Treibstoff ohne Bleizusatz dürfte von diesen Massnahmen die einzige sein, die einerseits konkret in die Tat umgesetzt wurde, andererseits auch eine gewisse Griffigkeit aufweist. Denn allein mit Messungen wird dem Problem der Luftverschmutzung und Bodenbelastung wohl nicht beizukommen sein.

Die Regierung hat in ihrem Bericht zwar zusammenfassend festgestellt, dass «die Belastung unserer Böden mit Schwermetall im heutigen Zeitpunkt noch nicht ein Ausmass erreicht hat, dass

Kehrichtanlage als Hauptverursacher

Da die Belastung der Böden zum grossen Teil durch die Belastung der Luft mit verunreinigendem Material erfolgt, geht die Frage nach den Verursachern. Hier hat die Regierung die Kehrichtverbrennungsanlage Buchs als einen der «Hauptemittenten für Schwermetalle und Schwefeldioxid» ausgemacht. Doch die Beseitigung der dort erkannten Gefahrenquelle für die Luft und die Böden lässt offenbar auf sich warten. Auch hier zeigt sich die Kluft zwischen Erwartungen und sichtbaren Erfolgen mit aller Deutlichkeit. Nach einem Zeitungsbericht hat sich

Kohl will Konsequenzen aus Spionagefall ziehen

Bonn bleibt mit Ostberlin im Gespräch - Muss Chef des Nachrichtendienstes gehen?

Bonn (AP) Bundeskanzler Helmut Kohl will noch in dieser Woche Konsequenzen aus dem Fall des in die DDR übergelaufenen Verfassungsschützers Hans Joachim Tiedge ziehen. Regierungssprecher Friedhelm Ost wollte sich am Montag vor der Bonner Presse allerdings nicht festlegen, ob der bis Ende Juli als Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz amtierende Chef des Bundesnachrichtendienstes, Heribert Hellenbroich, zur Rechenschaft gezogen wird und mit seiner Entlassung rechnen muss. Hellenbroich hatte Tiedge trotz Trunksucht und anderer persönlicher Probleme jahrelang auf seinem wichtigen Posten als Agentenjäger gehalten.

Die politische Verantwortung liege nicht auf der Beamtenebene, sondern bei Zimmermann. Ein Minister, der nach fast dreijähriger Amtszeit über den Zustand einer der wichtigsten Behörden seines Geschäftsbereiches nicht im Bilde sei, disqualifiziere sich selbst, stellte der Oppositionsführer fest. Der Innenminister hatte Hellenbroich am Wochenende indirekt für die Schlappe der bundesdeutschen Spionageabwehr verantwortlich gemacht, weil er ihn nicht über Tiedges Lebensführung ins Bild gesetzt habe.

Erfolge der Spionageabwehr seit 1979

Ob das Ausbleiben der Beförderung Tiedges zum leitenden Regierungsdirektor in diesem Jahr oder die Anordnung einer weiteren Sicherheitsüberprüfung durch den neuen Präsidenten des Amtes, Ludwig-Holger Pfahls, ausschlaggebend für die Flucht des Beamten gewesen seien, konnte Händl nicht sagen. Er gehe jedoch nicht davon aus, meinte der Sprecher, der daran erinnerte, dass Tiedge nach einer 1976 erfolgten Versetzung in eine andere Abteilung des Amtes 1979 auf eigenen Wunsch vom damaligen BfV-Chef Richard Meier wieder zur Gegen-

spionage zurückversetzt worden sei.

Auf die Frage nach Meldungen, wonach die Spionageabwehr seit 1979 keine Erfolge mehr aufzuweisen gehabt hätte, nannte Händl Zahlen, die Vermutungen auf eine erfolgreiche Arbeit Tiedges für die DDR nicht untermauern. So seien 1980 insgesamt 45 Haftbefehle gegen mutmassliche Agenten, darunter 40 aus der DDR ausgestellt worden. 1981 seien gegen 26 Personen (davon 13 aus der DDR), in den folgenden Jahren 31 (28), 29 (20) und 1984 schliesslich 27 (24) Haftbefehle nach Vorermittlungen des Verfassungsschutzes ergangen.

Nach Angaben von Regierungssprecher Ost wird das Bundeskabinett heute morgen von Zimmermann über den Stand der von einer interministeriellen Arbeitsgruppe vorgenommenen Schadensfeststellung, den Überlegungen zur Begrenzung des Schadens und den zu ziehenden Konsequenzen unterrichtet. Um 11.00 Uhr muss die Regierung der von Oppositionsführer Vogel einberufenen Parlamentarischen Kontrollkommission für die Überwachung der Nachrichtendienste Rede und Antwort stehen.

Der NASA droht die Zeit davonzulaufen

Kap Canaveral (AP) Der amerikanischen Weltraumbehörde NASA drohte am Montag die Zeit davonzulaufen: Die Ingenieure auf dem Raumflughafen Kap Canaveral waren um das Beheben der Computerprobleme an Bord der «Discovery» bemüht, damit die Raumfähre am Dienstag im dritten Anlauf gestartet werden kann. Sollte das Raumschiff über den kommenden Mittwoch hinaus am Boden bleiben, müsste der NASA zufolge ein wichtiger Punkt aus dem Flugprogramm gestrichen werden: der Versuch, «Discovery» an einen defekt im All treibenden Fernmeldesatelliten heranzuführen und ihn zu reparieren. Nach dem Mittwoch sind die Daten der Umlaufbahnen von Satellit und Raumschiff ungünstig für ein Rendezvous.

«Discovery» soll heute um 13.02 Uhr MESZ abheben. Die NASA hoffte am Montag, dass das Wetter hält, damit der Start nicht wieder - wie am Samstag - wegen schlechten Wetters verschoben werden muss.

5000-m-Weltrekord für Zola Budd

In London legte die aus Südafrika stammende Britin Zola Budd die 5000 m in der Weltrekordzeit von 14:48,07 zurück. Die 19jährige Barfuss-Läuferin entthronte damit die Norwegerin Ingrid Kristiansen, die am 28. Juni des letzten Jahres 14:58,89 erreicht hatte.



In Bonn verdichteten sich gestern die Anzeichen, dass der Chef des Bundesnachrichtendienstes, Heribert Hellenbroich (unser Bild), dafür zur Verantwortung gezogen wird, den in die DDR übergelaufenen Agentenjäger Tiedge trotz Trunksucht und anderer Probleme jahrelang auf seinem wichtigen Posten gehalten zu haben.

der Vorstand des Vereins für Abfallbeseitigung, dem auch liechtensteinische Mitglieder angehören, für eine chemische Nassreinigung entschieden. Das Detailprojekt sei von der mit dem Auftrag betrauten Firma bereits fertiggestellt worden.

Einer Realisierung der Rauchgaswaschanlage würde demnach nichts mehr im Wege stehen, wenn nicht die schweizerischen Mitglieder des Abfallverbandes andere Vorstellungen hätten. Zuerst soll nach ihrer Auffassung das Deponieproblem geregelt werden, bevor das Projekt zur Beschlussfassung aufgelegt wird. Die Gemeinde Buchs liess dazu verlauten, dass sie keine Baubewilligung erteilen werde, solange diese Fragen nicht gelöst seien.

Hier wo dort türmen sich Fragen auf, stellen sich Probleme in den Weg, kommen Partner nicht auf einen gemeinsamen Nenner - und derweil wird die Luft weiter mit Schwermetall und anderen Schadstoffen belastet. (G.M.)

Berufswettbewerb 1985:

Liechtenstein mit zehn Kandidaten dabei

(pafl) - Der Bericht des Amtes für Berufsbildung über die Internationalen Berufswettbewerbe 1985 wird von der Regierung zur Kenntnis genommen.

Die Internationalen Berufswettbewerbe 1985 werden unter Liechtensteiner Beteiligung in Osaka ausgetragen. Die liechtensteinische Delegation umfasst zehn Kandidatinnen und Kandidaten sowie sieben Betreuer. Vertreten sind die Berufe Feinmechaniker, Technischer Zeichner, Stahlbauschlosser, Elektroninstallateur, Maurer, Stukkateur, Damencoiffeuse, Damenschneiderin, Kraftfahrzeugmechaniker und Kellner.

Zu den nationalen Vorauswählungen hatten sich 49 Kandidatinnen und Kandidaten aus 14 verschiedenen Berufen angemeldet. Aus dieser Zahl werden zehn junge Berufsleute, darunter vier Damen, für die Fahrt nach Japan selektiert.

Liechtenstein hat an den Internationalen Berufswettbewerben bisher überaus erfolgreich abgeschnitten, was der Berufsausbildung und vor allem den Lehrbetrieben ein gutes Zeugnis ausstellt. So war beispielsweise die Liechtensteiner Bilanz bei den Internationalen Berufswettbewerben in Linz 1983 eine Silbermedaille, drei Bronzemedailien und ein Leistungsdiplom.

PTT-Endabrechnung für 1984 im Fernmeldebereich

(pafl) - Die Endabrechnung der PTT über den nicht direkt erfassbaren Aufwand und Ertrag im Fernmeldebereich schliesst mit einem Saldo von 111 446 Franken zugunsten Liechtensteins ab. Hingegen werden für die Abgeltung von Taxanteilen an Drittländer 1 080 130 Franken nachbelastet. Die Regierung beantragt beim Landtag einen entsprechenden Nachtragskredit.

Nach den Bestimmungen des Postvertrages hat das Land die Taxanteile abzugelten, die die Schweizerischen Post-, Telefon- und Telegrafennetze für den von Liechtenstein ausgehenden internationalen Fernmeldeverkehr an Drittländer zu vergüten haben. Die Taxanteile richten sich nach den mit den Vertragspartnern vereinbarten Vergütungsansätzen. Sie werden jährlich nach Vorliegen der Abrechnung über den internationalen Verkehr ermittelt und der Rechnung unter Berücksichtigung der während des Vorjahres geleisteten und auf Schätzungsbasis beruhenden Abschlagszahlungen belastet. - Nach der nun vorliegenden Endabrechnung für das Jahr 1984 belaufen sich die an Drittländer zu entrichtenden Anteile an den von Liechtenstein vereinnahmten Verkehrstaxen auf 3 330 130 Franken. Hieraus hat das Land im Jahre 1984 Abschlagszahlungen in Höhe von 2 250 000 Franken geleistet, so dass sich eine Nachzahlung von 1 080 130 Franken ergibt.